



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

64. Sitzung (öffentlich)

28. Oktober 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:35 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)	6
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/11100 Vorlage 17/3969 (Erläuterungsband) Vorlage 17/4014 – mündlicher Bericht der Landesregierung – Wortbeiträge	
2	Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW	18
	– mündlicher Bericht der Landesregierung – Wortbeiträge	

- 3 Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung 25**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 4 „Stärkungspakt Luftverkehr“: Arbeitsplätze an Flughäfen und bei Fluggesellschaften während und nach der Coronakrise sichern – Sofortmaßnahmen ermöglichen und Luftverkehrsteuer abschaffen 28**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9042
- Stellungnahme 17/2854
Stellungnahme 17/2855
Stellungnahme 17/2861
Stellungnahme 17/2865
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
 - Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.
- 5 Industriepolitik statt „Klima“-Politik – Die Landesregierung muss sich gegen die industriefeindlichen Vorschläge der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen wehren! 31**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11167
- Wortbeiträge
- 6 Der Dortmunder Hafen braucht eine nachhaltige Zukunftsperspektive! – Die Landesregierung muss den Bau einer zweiten Schleuse gegenüber dem Bundesverkehrsminister mit Nachdruck einfordern 32**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8782
- Ausschussprotokoll 17/1101 (Anhörung vom 02.09.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD ab.

7 Den gerechten Lohn der Vielen besser schützen: Mindestlohnbetrügern endlich das Handwerk legen – Mindestlohn muss wirksam umgesetzt und kontrolliert werden!

33

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8779

Ausschussprotokoll 17/1111 (Anhörung vom 09.09.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

8 Tarnen, täuschen und verschleiern: Die Informationspolitik der Landesregierung ist eine Farce! – Was ist mit dem Neubau der Leverkusener Rheinbrücke?

34

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9034

Ausschussprotokoll 17/1128 (Anhörung vom 23.09.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

- 9 Förderfreie Photovoltaikanlagen: Was tut die Landesregierung, damit NRW den Anschluss bei der nächsten Phase der Energiewende nicht verliert?** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])* **35**

Vorlage 17/3911

– Wortbeiträge

- 10 Stabilisierung von thyssenkrupp Steel Europe – Grundlagen für die Stahlindustrie von morgen erhalten** *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **36**

– Wortbeiträge

- 11 Verschiedenes** **37**

– keine Wortbeiträge

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

Vorlage 17/3969 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/4014

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse am 07.10.2020)

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) informiert:

Für die Beratungen zum Entwurf des Haushaltes 2021 liegt Ihnen der Entwurf des Einzelplanes 14 sowie der dazugehörige Erläuterungsband vor. Zusätzlich liegt Ihnen, wie abgestimmt, eine detaillierte Vorlage meines Hauses zum Einzelplan 14 vor, die Sie schon lesen konnten.

Die im Entwurf des Einzelplans 14 bereitgestellten Mittel in Höhe von rund 2 Milliarden Euro entsprechen einem Zuwachs im Vergleich zum Vorjahreshaushalt um 29 %. Dieser Mittelzuwachs erlaubt es uns, die begonnenen Aufgaben, aber auch die besonderen Notwendigkeiten in Krisenzeiten abzubilden und trotz der Krise an der Erneuerung unseres Landes und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit festzuhalten.

Die Bedeutung der Digitalisierung und Innovationen – fest verknüpft mit einem zukunftsfähigen Klimaschutz – für eine zukunftssichere Gesellschaft in all ihren Aspekten wurde und wird durch die Coronapandemie massiv verdeutlicht. Diesem Bedarf tragen wir mit dem vorliegenden Einzelplan 14 Rechnung.

Für die Förderung des Gigabitausbaus, der Einführung der 5G-Schlüsseltechnologie und weiterer Maßnahmen der Digitalisierung stellen wir rund 364 Millionen Euro zur Verfügung. Im Zeitraum 2018 bis 2025 planen wir insgesamt ein Investitionsbudget und Aufwendungen für die Digitalisierung von mehr als 10 Milliarden Euro ein. Ich denke, das ist ein ganz klares Commitment für die Gestaltung unseres Landes in Richtung der neuen Anforderungen.

Mit den Mitteln, die wir allein in 2021 für Digitalisierung vorgesehen haben, verdoppeln wir den Ansatz des Haushalts 2020 im Umfang von 184 Millionen Euro. In diesem Kontext steht auch die Digitalisierung der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen. Zu diesem Zwecke sind im Haushalt 2021 Ausgaben in Höhe von 311 Millionen Euro geplant. Ausgehend vom Haushalt 2020 bedeutet dies eine Steigerung um rund 130 Millionen Euro.

Weist der Haushalt 2020 für wirtschaftspolitische Aufgaben einen Ansatz von 553 Millionen Euro aus, so steigt dieser Wert im Haushalt 2021 um weitere 12 % auf rund 620 Millionen Euro an.

Wir halten somit an Erneuerungen für das Land nicht nur fest, sondern bleiben weiter offen für Neues, Vielversprechendes. In der heutigen Zeit ist keiner der in meiner Vorlage geschilderten Schwerpunkte losgelöst zu begreifen. Alle Themen stehen in einem komplexen und aufeinander bezogenen Zusammenhang. Hier bleibe ich bei meinem Ansatz, die Zukunft gemeinsam mit den Menschen und den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zu gestalten, innovative Ideen zu fördern und insbesondere vielversprechende junge Gründerinnen und Gründer mit ihren Start-Ups auf dem Weg in eine erfolgreiche Zukunft in Nordrhein-Westfalen zu begleiten und sie eng mit dem Mittelstand und unseren großen etablierten Unternehmen zu vernetzen.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass Nordrhein-Westfalen als ein gestärktes Land aus der gegenwärtigen Krise hervorgehen kann. Das wird nach dem, was in den nächsten Stunden und Tagen noch verhandelt wird, schwer genug. Darauf werden wir wieder Antworten geben müssen. Der Bund sieht sich da besonders in der Verpflichtung. Aber wir werden das Notwendige tun, um die Branchen, die jetzt möglicherweise erneut in eine nur noch eingeschränkte wirtschaftliche Aktivität überführt werden sollen, zu unterstützen, damit möglichst viele diese Krise überstehen können.

Wo immer möglich, nutzen wir aber auch die Zeit, um uns besser auf den Umgang mit diesem Virus einzustellen, gleichzeitig die Megatrends im Blick zu behalten und uns darauf vorzubereiten, dass wir ihnen gerecht werden können. Das ist alles andere als eine für alle Beteiligten einfache Aufgabe. Wir haben das bisher ganz gut im engen Zusammenwirken mit den Akteuren erreichen können. Wir haben im Haushalt 2021 trotz der Krise Mittel in einem beachtlichen Umfang angesetzt, die Spielräume eröffnen. Wenn wir diese gemeinsam und gezielt nutzen, haben wir eine gute Chance, das Land durch diese nicht einfache Krise zu führen.

Henning Rehbaum (CDU) verweist auf die besondere Situation. Im zweiten Quartal sei die Wirtschaftsleistung in Deutschland um 9,7 % gesunken. Im ersten Halbjahr habe Nordrhein-Westfalen mit 6,2 % einen geringeren Rückgang zu verzeichnen als der Bundesdurchschnitt.

Minister Pinkwart habe eindrucksvoll trotz der schwierigen Situation eine Erweiterung des Haushaltsbudgets von 452 Millionen Euro im Einzelplan dargestellt. Das sei ein deutliches Zeichen, um die Coronakrise zu überwinden und die anderen Aufgaben der Wirtschaft zu bewältigen.

Auch die Mittel für Digitalisierung stiegen stark an. Ebenso würden die Ansätze zur Wirtschaftsförderung deutlich erhöht. Der Mittelansatz für Energie- und Klimaschutz werde auf einem etwa fünfmal so hohen Niveau wie unter der Vorgängerregierung stabilisiert. Auch das Konjunkturprogramm 1 sehe für den Bereich Klimaschutz, für *progres.nrw*, die PV-Förderung etc. deutlich mehr Mittel zur Verfügung als es zum Schluss der Amtszeit von Rot-Grün der Fall gewesen sei.

Die Mittel würden nicht nur auf Coronamaßnahmen reduziert. Auch andere Bereiche wie insbesondere der Klimaschutz müssten im Auge behalten werden. Das Erreichen der Klimaziele von Paris dulde keinen Aufschub. Investitionen und Arbeitsplätze sollten auch in diesem Bereich weiterhin deutlich angereizt werden.

Der Haushalt erreiche erstmals ein Volumen von 2 Milliarden Euro. Wirtschaftspolitik nehme einen zentralen Platz in der Arbeit der Landesregierung und für die regierungstragenden Fraktionen ein. Dies sei ein sehr ermutigendes Zeichen.

Neben Mitteln für Versorgungssicherheit und den Umbau der Industrie halte das Land sehr viel Geld für die Transformation der Braunkohlregionen vor. Für Wirtschaftsförderung würden nunmehr 12,5 Millionen Euro bereitgestellt. Das Handwerk erhalte ebenso Unterstützung wie der Bereich Gründungen. Auch der heimische Tourismus müsse angereizt werden. Innovationen würden weiterhin als wichtiger Teil der Wirtschaftspolitik gefördert.

Ziel seien das Überwinden der Coronakrise, aber auch die Bewältigung der Klimaschutzanforderungen als Land mit Technologieführerschaft. Mehr denn je brauche NRW eine starke Wirtschaft. Der Haushaltsentwurf für 2021 bilde eine gute Grundlage, damit Nordrhein-Westfalen ein starker Wirtschaftsstandort mit guten Arbeitsplätzen und einem klaren Statement für Klimaschutz bleibe.

Frank Sundermann (SPD) bestätigt, die Coronakrise beeinflusse die Wirtschaftspolitik und somit auch die Arbeit des Ausschusses.

Die Industriepolitik sei sicherlich in den Fokus zu nehmen. Doch habe das industriepolitische Leitbild der Landesregierung bislang noch keinen durchschlagenden Erfolg. Nordrhein-Westfalen mit einem Minus von 2 % im Bereich der industriepolitischen Produktion in die Krise gegangen. Das industriepolitische Leitbild solle für ein offenes und von Vertrauen geprägtes Klima zwischen Landesregierung, Politik und Industrie sorgen.

Neben der Entwicklung bei thyssenkrupp stelle die Entwicklung bei Continental die größte industriepolitische Problematik dar. 1.800 Arbeitsplätze fehlten dort. Laut eigener Aussage sei die Landesregierung von dieser Entwicklung überrascht worden. Das industriepolitische Leitbild habe in Bezug auf das Verhältnis zwischen industriepolitischen Treibern und der Landesregierung offenbar nicht richtig gewirkt.

Seit 2017 sei die Situation bei thyssenkrupp unsicher. Neben der Diskussion um Tata habe es kontinuierlich Wechsel im Vorstand gegeben. Auch dazu habe die Landesregierung regelmäßig auf Gespräche verwiesen und den Eindruck vermittelt, die Entwicklungen stets nur beobachten, aber nicht lenkend oder steuernd einzuwirken. Im Hinblick auf thyssenkrupp werde dies jedoch erwartet. Immerhin 26.000 Mitarbeiter seien dort beschäftigt. Die Möglichkeit, ein Symbol zu schaffen, wie sich Industrie in Richtung Klimaschutz transformieren könne, solle der Landesregierung genügen, um dort aktiver einzusteigen. Auch deswegen fordere die SPD-Fraktion eine Beteiligung des Landes an thyssenkrupp. Das Land solle dort nicht als Unternehmer auftreten, sondern eine Ankerinvestition tätigen, um ein deutliches Zeichen für die Bereitschaft zu setzen, das Unternehmen gemeinsam zukunftssicher zu transformieren, um

zukunftssichere Arbeitsplätze und ein Beispiel für eine nachhaltige Industrie zu schaffen. In diesem Zusammenhang könne sich die Landesregierung ein Beispiel am Umgang der Familienunternehmen mit der Krise nehmen. Das Land solle sozusagen als Familie bei thyssenkrupp einsteigen.

Schon die ehemaligen Ministerpräsidenten hätten immer wieder von Bürokratieabbau gesprochen. Zu dem von der Regierungskoalition immer wieder verteidigten Ladenöffnungsgesetz existiere eine Anlage zu den siebenseitigen Anwendungshilfen. Diese Anlage umfasse – Stand Februar 2020 – 44 Seiten und sei somit sicherlich kein Beitrag zum Bürokratieabbau. Auch die Vorgaben zu Straßenausbaubeiträgen leisteten keinen Beitrag zum Bürokratieabbau. Zudem enthalte das Verfahren Systembrüche, sei also nicht komplett digital. Als weiteres Beispiel für fehlenden Bürokratieabbau könne der Windkraftausbau herangezogen werden. Kommunen und Investoren sprächen von einem deutlich gestiegenen Bürokratieaufwand und massiven Genehmigungsverzögerungen. Dies führe zu einer extremen Verunsicherung bei den Betroffenen.

Als einen wichtigen Punkt habe die Landesregierung die Energieversorgungsstrategie aufgelegt. Der Ausstieg sowohl aus der Atomkraft als auch aus der Stein- und Braunkohle sei größtenteils konsensual organisiert. Dies bedinge allerdings auch den Einstieg in andere Energiegewinnungsformen. 2019 sei der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Nordrhein-Westfalen lediglich um 0,5 % gestiegen. Auch beim Windkraftausbau bestehe Nachholbedarf, und der PV-Ausbau müsse um den Faktor 2,5 gesteigert werden. Somit erweise sich die Energieversorgungsstrategie bislang nicht als erfolgreich. Die aktuellen Vorschläge des Bundeswirtschaftsministeriums erwiesen sich für den PV-Ausbau in Nordrhein-Westfalen als schädlich. Alle seien aufgefordert, ihre Mittel zur Änderung der Regularien zu nutzen, damit ein PV-Ausbau gerade auf Industriedächern möglich werde. Mit dem Status quo trage die Energieversorgungsstrategie nicht.

Zur Förderung und Unterstützung von Gründungen lege das Land zwar Programme auf, laut Institut für Mittelstandsforschung habe die Anzahl der Gründungen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2019 allerdings um fast 9 % im Vergleich zu 2017 abgenommen. Damit liege Nordrhein-Westfalen auf Platz 16 der Bundesländer.

Ralph Bombis (FDP) hält fest, der Haushalt verfolge die großen Linien weiter, die die NRW-Koalition gesetzt habe. Schwerpunkte lägen auf Digitalisierung und Innovation, auf Unternehmensgründungen und -nachfolgen sowie dem Klimaschutz. Diese Ziele müssten kein Gegensatz sein, sondern könnten erfolgreich verbunden werden. Auch eine Entbürokratisierung sei dringend erforderlich.

Bezeichnenderweise greife sich die SPD einzelne Bereiche heraus, in denen die Vorgängerregierung entweder nichts geleistet habe, zur Nichtbefriedung und Nichtakzeptanz der Situation beigetragen habe oder zumindest keinen guten Status erreicht habe. Die Koalitionsfraktion habe in der Vergangenheit zu einem Klima beigetragen, das wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Betätigung begrüße. Das sei gerade in der aktuellen Situation eine wichtige Voraussetzung. Die Pandemie habe in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht schlimme Auswirkungen. Erfreulicherweise seien bereits erste Voraussetzungen geschaffen worden, um die besonderen Herausforde-

rungen einigermaßen zu meistern. Weder die Folgen für besonders betroffene Branchen wie den stationären Einzelhandel, Hotellerie und Gastronomie, Tourismus, Kultur und die Eventbranche noch die weltweiten Auswirkungen auf Außenwirtschaft oder Lieferketten seien vorhersehbar gewesen. Trotzdem habe die Landesregierung – auch wirtschaftspolitisch – schnell reagiert. Im Vergleich zu anderen Ländern agiere die nordrhein-westfälische Landesregierung deutlich erfolgreicher.

Die Pandemie treffe mit zuvor bereits bekannten Herausforderungen zusammen: So müsse die Industrie die Entwicklung im Energiebereich und die Anforderungen des Klimaschutzes meistern. Mit der Energieversorgungsstrategie Sorge die Landesregierung für eine sichere Energieversorgung und dafür, dass Nordrhein-Westfalen ein Industrieland bleiben könne. Der Wirtschaftsminister habe sich in der WSB-Kommission für einen Strukturwandel und die nötige Grundlage dafür eingesetzt.

Viele andere Bereiche wie Handwerk und freie Berufe seien ebenso in den Blick zu nehmen. Entscheidend sei, in der Krise ein klares Ziel und einen klaren Kurs in der Wirtschaftspolitik zu behalten. Es gehe darum, wirtschaftliche Betätigung zu ermöglichen, aber – auch mit Blick auf Grundrechtseingriffe – nicht darum, staatliches Handeln über das unbedingt Nötige hinaus zu forcieren.

Die Landesregierung setze die nötigen Rahmen und führe Gespräche mit Continental und anderen. Der ehemalige Wirtschaftsminister habe dies als gerechtfertigte Grenzen in der Marktwirtschaft bezeichnet. Die SPD-Fraktion fordere jedoch, deutlich darüber hinauszugehen und steuernd im Sinne von Familienunternehmen einzugreifen. Das offenbare ein geringes Verständnis von Wirtschaftspolitik und den Zielen von Familienunternehmen.

Selbstverständlich könne man die Übernahme von Verantwortung durch die Landesregierung einfordern. Im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft müsse gegebenenfalls über Instrumente zur Stützung nachgedacht werden, wenn dies volkswirtschaftlich sinnvoll sei.

Die Landesregierung stehe dafür, dass es der Wirtschaft gelinge, die Folgen der Pandemie möglichst gut zu bewältigen. Ziel sei, dass NRW möglichst stark aus der Krise komme, auch wenn schlimme Folgen für Unternehmerinnen und Unternehmer, aber auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht komplett verhindert werden könnten.

Wibke Brems (GRÜNE) bewertet den Haushaltsentwurf anders als die Regierungskoalitionen. Selbstverständlich bedinge Corona besondere Maßnahmen. Von der Verbindung dieser Maßnahmen mit dem Klimaschutz und mit anderen Zukunftsthemen werde seitens der Landesregierung und der sie tragenden Koalition zwar gesprochen, doch lasse sich dies nicht am Haushaltsentwurf ablesen. Der Klima- und Energiebereich profitiere von der Erhöhung des Einzelplans im Grunde genommen nicht. Im Gegenteil sehe der Entwurf sogar eine Reduzierung für Energie- und Klimapolitik um insgesamt 20 Millionen Euro vor.

Gelder für eine klimaneutrale Landesverwaltung könnten gute Konjunkturimpulse setzen. Der Mittelansatz verharre jedoch auf vernachlässigbarem Niveau. Gleichzeitig

würden die Energie- und Klimafördermittel um mehr als 35 Millionen Euro gekürzt. 30 Millionen Euro seien für die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr eingestellt worden, obwohl noch immer nicht absehbar sei, dass die Mittel abgerufen würden. Den Ansatz rechne die Landesregierung dem Klimaschutz zu, obwohl er dem Klimaschutz zumindest im nächsten Jahr nicht einmal im Ansatz zugutekomme. Die bisherigen Fördermittel für eine klimaneutrale Industrie der Zukunft in Höhe von 2,5 Millionen Euro seien gestrichen worden, obwohl genau dieser Bereich künftig unterstützt werden müsse.

Der Ausbau erneuerbarer Energien müsse mit einer Wasserstoffwirtschaft einhergehen. Letztere komme bei den Maßnahmen der Landesregierung jedoch nicht vor. Auch entsprechende Implikationen im Haushalt gebe es nicht.

Ebenso wenig fänden sich die Ausführungen zu klimaneutraler Industrie und Energieforschung im Haushalt wieder, bzw. fehle der Bezug in den Ausführungen komplett.

In der inhaltlichen Bewertung der Elektromobilität bestünden keine großen Unterschiede. Das Ministerium habe Fördermittel in Höhe von 50 Millionen Euro in Aussicht gestellt, obwohl die gesamte Titelgruppe nur 31 Millionen Euro umfasse. Das sei nicht nachvollziehbar.

Laut Aussage der Landesregierung stünden 50 Millionen Euro für urbane Energielösungen zur Verfügung, obwohl der Ansatz in der entsprechenden Titelgruppe komplett gestrichen worden sei. Solche Dinge seien nicht nachvollziehbar. Das müsse sich ändern.

Die aktuellen Herausforderungen der Coronakrise seien enorm und bedingten immer wieder ganz akutes Handeln. Gleichzeitig seien Veränderungen voranzubringen, die mit den übrigen Herausforderungen in Einklang stünden. Dieser Versuch werde beim Thema „Digitalisierung“ unternommen. Beim Klimaschutz werde zwar davon gesprochen, es funktioniere aber nicht. Vieles finde sich im Haushalt nicht wieder.

Christian Loose (AfD) verweist auf den schriftlich vorliegenden Einführungsbericht des Ministers, in dem sehr eindringlich und erstaunlich offen auf einen sich anbahnenden Versorgungsengpass hingewiesen werde. Bereits 2022 könne es danach zu Versorgungsengpässen kommen. Schon jetzt werde eine Versorgungslücke von 7 GW für das Jahr 2022 prognostiziert. Das entspreche sieben Großkraftwerken.

In dieser kritischen Situation schalte das Land sichere Kohlekraftwerke ab. In 2030 könne laut Bericht bei einer Kältewelle Strom für 250 Stunden fehlen. Das entspreche einer Unterdeckung von 35 bis 70 GW.

Der Minister mahne an der Stelle den Bau von Gaskraftwerken an und bekenne sich außerdem zu Nord Stream 2. Es stelle sich die Frage, woher das Gas ohne Nord Stream 2 kommen solle und wo Gaskraftwerke gebaut werden sollten, wenn die Aktivisten nun auch gegen Gaskraftwerke protestierten.

Die AfD habe bereits bei vielen Gelegenheiten gefragt, woher Speicher für die neue Energie kommen sollten. Mittlerweile werde auf diese Fragen nur noch mit dem stereotypen Satz geantwortet, man sei Teil des europäischen Verbundnetzes, und das könne liefern, wenn es bei uns knapp werde. Das bedeute polnischen Kohlestrom und

französischen Atomstrom und somit eine Abhängigkeit von ausländischen Stromerzeugern.

Gleichzeitig unterschläge der Bericht, dass wesentliche Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung bereits seit Mitte 2017 abwärts gerichtet seien – egal, ob Industrieproduktion, Auftragseingänge, die Produktion von Vorleistungsgütern oder von Investitionsgütern. Durch die Insolvenzaussetzung während der Coronakrise sei das große wirtschaftliche Ausmaß der Coronamaßnahmen zudem noch gar nicht absehbar. Doch werde es Tausende von Insolvenzen in den nächsten Monaten geben.

Ein Unternehmer habe die Entfesselungspakete der Landesregierung in einer Anhörung mit dem Hinweis abgetan, davon sei bei ihm noch nichts angekommen.

Der angebliche Anschub der Elektromobilität sei vor dem Hintergrund des jämmerlichen Scheiterns von e.GO und Streetscooter ein Witz. Derweil nähmen Leasinggesellschaften Hybridautos nach dem Ende der Leasingzeit allzu oft mit dem original verpackten Ladekabel zurück; denn Steuervorteile und Umweltprämie seien für den Kauf von Hybridautos entscheidend.

Nach eigener Aussage wolle die Landesregierung die Vorgaben des Green Deals der EU aktiv mitgestalten. Dabei lasse sie all die Unternehmen im Stich, denen der Green Deal das Genick breche. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Continental in Aachen, die nun ihren Arbeitsplatz verlören, seien Opfer dieser Politik der industriellen Zerstörung. Der Staat müsse Unternehmen nicht verstaatlichen oder sie zu einer Transformation zwingen, sondern gute Rahmenbedingungen setzen, um unternehmerische Tätigkeit zu ermöglichen. Der Green Deal stelle das genaue Gegenteil dar.

Der Haushaltsentwurf enthalte zu viele Subventionen und zu wenig Markt.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) legt dar, die Ausgaben für Klimaschutz und Energiewende stiegen von 24 Millionen Euro im Jahr 2017 auf 144 Millionen Euro im Jahr 2021. Zu den Nachfragen von Frau Brems bereite das Ministerium zur besseren Nachvollziehbarkeit eine ergänzende Unterlage vor.

Nicht nachvollziehbar seien die Aussagen der SPD-Fraktion zum Thema „Klimaschutz und Industrie“. Die KlimaExpo der früheren Regierung habe die Industrie nicht bei der Transformation unterstützt. Durch die Weiterentwicklung der KlimaExpo zu IN4climate.NRW hätten in Nordrhein-Westfalen über 30 Industrieunternehmen – unter anderem auch thyssenkrupp – als Partner gewonnen werden können. Schon vor zwei Jahren seien mit IN4climate.NRW und der Industrie Projekte initiiert worden, die zu Prototypen und Reallaboren geführt hätten. Diese habe auch der Bund gefördert. So etwas hätte schon 2015 oder noch früher angestoßen werden können; denn die Themen seien nicht neu.

Vor allem die energieintensive Industrie stehe vor strukturellen Herausforderungen. Dies sei seit Jahren bekannt. Trotz der europäischen und bundesdeutschen Auflagen müssten möglichst viele Spielräume für die energieintensive Industrie erarbeitet werden.

Direkt bei Amtsübernahme sei ein anderer Schwerpunkt gesetzt und das Industriepolitische Leitbild neu – mit der Industrie und den Gewerkschaften und nicht gegen sie – aufgesetzt worden. Es reiche nicht, sich gegen anstehende Veränderungen zu wehren; man müsse sie gestalten und proaktiv tätig werden.

Mittlerweile bewege sich die Industrie und wolle von sich aus aktiv werden. Es gehe nicht mehr in erster Linie um die Gewährung von Ausnahmeregelungen, sondern um Unterstützung für Veränderungen.

Die SPD exkulpiere durch ihre Forderungen Management und Aufsichtsrat von Continental und erwecke den Eindruck, die Verantwortung für den geplanten Arbeitsplatzabbau liege bei der Landesregierung. Das sei absolut nicht in Ordnung. Continental habe sich als eines von wenigen Unternehmen in den letzten drei Jahren derart unangemessen verhalten. Offenbar seien Politik und Gewerkschaften gleichermaßen schlecht informiert worden, obwohl es sich um einen mitbestimmten Betrieb handele. Dieses Verhalten habe mit dem Industriepolitischen Leitbild auch aus Sicht der Unternehmerschaft nichts zu tun. Das müsse klar benannt werden. Trotzdem müsse gemeinsam nach einer vernünftigen Lösung gesucht werden.

Thyssenkrupp habe schon längere Zeit Probleme. Gleichwohl habe die alte Landesregierung richtigerweise zu keinem Zeitpunkt eine mögliche Landesbeteiligung in den Blick genommen. Unabhängig von Mehrheitsverhältnissen entspreche es nicht der aktuellen Politik, sich neu an Unternehmen zu beteiligen. Auch deshalb sei die Forderung einer Beteiligung an thyssenkrupp unverständlich. Selbstverständlich müsse sich die Politik um Wege aus dieser schwierigen Lage bemühen. Das geschehe auch.

Vor Problemen stünden Stahlstandorte in Deutschland und im europäischen Ausland gleichermaßen, weil nicht nur eine globale Überkapazität, sondern eine spezifisch europäische Überkapazität an Stahl existiere. Die Stahlindustrie ordne sich derzeit auf europäischer und globaler Ebene neu. Das habe sie in der Vergangenheit schon häufiger getan.

Neben den strukturellen Herausforderungen sei der – coronabedingte – konjunkturelle Rückgang zu bewältigen. Zusätzlich müsse die Stahlproduktion auf Klimaneutralität umgestellt und angepasst werden. Zwischen Bund, Land und dem Unternehmen erfolge eine Abstimmung, um sinnvolle und nachhaltig wirksame Unterstützungsmöglichkeiten des Staates bereitstellen zu können.

Nordrhein-Westfalen und Deutschland insgesamt stünden vor einem großen Umbau. Die Energiewirtschaft stehe vor einer großen Herausforderung. In den letzten drei Jahren seien die erneuerbaren Energien um über 30 % bzw. mehr als 2 GW ausgebaut worden. Bis 2030 sollten die Kapazitäten um mehr als 10 GW erhöht werden. Im Bereich der Photovoltaik habe seit 2016 eine Verdreifachung erreicht werden können. In der Windenergiegewinnung habe es dagegen deutschlandweit eine Reduzierung gegeben, wobei der Rückgang in Nordrhein-Westfalen noch vergleichsweise niedrig ausgefallen sei.

Regelungen für mehr Verlässlichkeit seien vonnöten. Daran werde gearbeitet. So habe die Große Koalition auf Bundesebene eine Mindestabstandsregelung eingeführt, die zügig auf Landesebene umgesetzt werden solle, um Planungssicherheit zu schaffen.

Gleichzeitig werde an anderen Erleichterungen zum Ausbau und zur Verfügbarmachung von erneuerbaren Energien gearbeitet. Dazu gehörten der Netzausbau, die Speicherung und ein Fuel-Switch. Gelingt ein Fuel-Switch zum Gas aufgrund mangelnder gesellschaftlicher Akzeptanz nicht, liefen Kohlekraftwerke länger. Um dies zu verhindern, werde eine einheitliche Haltung der Politik und der Umweltverbände benötigt. Zudem werde an einer Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gearbeitet.

Es reiche nicht, sich im Parlament und in der Landesregierung mit tagesaktuellen Dingen zu beschäftigen. Themen wie der Infrastrukturausbau und die weitere Digitalisierung von Verwaltung und Unternehmen müssten weiterhin im Fokus stehen. Die Wirtschaft im engeren Sinne dürfe nicht unter COVID leiden und eingeschränkt werden. Das müsse erreicht werden, weil China das Virus in den letzten Wochen und Monaten so weit hinter sich gelassen habe, dass die dortige Wirtschaft wieder mit Volldampf arbeite. Exportorientierte Unternehmen kämen wegen der guten Konjunktur in China laut eigener Aussage zwar einigermaßen durch das laufende Jahr, doch gleichzeitig liege hierin ein Grund für die Notwendigkeit, die heimische Wirtschaft zu stärken und wettbewerbsfähig zu machen.

Dazu trage der Haushalt 2021 bei. Trotz schwieriger Lage könnten die Mittel erhöht werden, um zusätzliche Akzente zu setzen. Das sei nicht selbstverständlich und haushaltspolitisch zu würdigen. Parallel nehme die Staatsverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen erheblich zu. Umso mehr müsse darauf geachtet werden, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes zu erhalten.

Vorsitzender Georg Fortmeier teilt mit, die Obleute der Fraktionen hätten sich mit dem Ministerium darauf verständigt, noch bis zum 30. Oktober Fragen im Ausschusssekretariat einreichen und gesammelt an das Ministerium weiterreichen zu können. Das Ministerium habe zugesagt, bis zum 11. November eine Vorlage mit Antworten bereitzustellen.

Frank Sundermann (SPD) unterstreicht, das Land solle bei Continental nicht steuernd einsteigen oder sich daran beteiligen. Das weise er für seine Fraktion zurück. Auf keinen Fall gehe es darum, sich als Land an die Seite des Unternehmens zu stellen. Continental lebe die Sozialpartnerschaft nicht, sondern entlasse gewissermaßen im Vorgarten des Ministerpräsidenten 1.800 Mitarbeiter. Das sei eine Ohrfeige für den Ministerpräsidenten und zeige, welche Durchdringung er in dieser Branche habe.

Die Diskussion zeige, wie unterschiedlich Sozialdemokraten und Liberale auf Wirtschaftspolitik schauten. Wirtschaftspolitik müsse sich immer situativ verhalten. Aktuell sei thyssenkrupp stark gefährdet. Investoren überlegten derzeit, sich an thyssenkrupp zu beteiligen.

Familienunternehmer seien immer daran interessiert, das Unternehmen zu erhalten und nachhaltig zu entwickeln. Eine staatliche Beteiligung könne genau diesen Geist in das Unternehmen thyssenkrupp bringen und die Beteiligung von Investoren verhindern, die lediglich Assets aus dem Unternehmen ziehen wollten, ohne die Bedeutung des Unternehmens für Wertschöpfungsketten zu beachten. Der Staat sei nicht der bessere Unternehmer, aber wenn sich der Staat an einem Unternehmen beteilige,

könne er wie ein Familienunternehmer dafür sorgen, dass das Unternehmen in Nordrhein-Westfalen bleibe und sich entwickle.

Henning Rehbaum (CDU) meint, die Opposition habe offensichtlich große Mühe, Kritikpunkte an der Regierungsarbeit zu finden. Der Regierung sei keine Mitschuld am Verhalten von Continental anzulasten.

Kollegin Brems fordere mehr Klimaschutzanstrengungen und ignoriere aber, dass die Mittel für Klimaschutz und Energiewende seit 2017 verfünffacht worden seien. Haupthemmnis für den stockenden Ausbau von Windenergie seien Artenschutzklagen. Dazu sollten sich die Grünen positionieren.

Die Opposition wirke in der Haushaltsdebatte müde und hilflos.

André Stinka (SPD) bemängelt den rückwärts gerichteten Blick in Diskussionsbeiträgen der Regierungsfractionen und betont, in den Haushalt eingestellte Mittel nützten nichts, wenn der Klimaschutz trotzdem nicht vorankomme.

Ein roter Faden in der Wirtschaftspolitik fehle. Die angeblich große wirtschaftspolitische Kompetenz der CDU habe lediglich in der Bekämpfung der Hygieneampel und der Abschaffung des Vergaberechts bestanden. Folge seien weniger Gründungen und eine gesunkene Wirtschaftsleistung gewesen.

FDP und CDU hätten entgegen ihrer Ankündigungen nicht entfesselt. Sie hätten den LEP als Verhinderungsgrund für die Entwicklung von Flächen und Unternehmensansiedlungen angeführt; doch seit Änderung des LEP sei die Wirtschaftsleistung gesunken.

Am Haushalt 2021 könne gemessen werden, was CDU und FDP damals versprochen und was sie gehalten hätten, nämlich nichts.

Wibke Brems (GRÜNE) kritisiert, die Koalition vergleiche seit nunmehr drei Jahren nur schwer vergleichbare Situationen miteinander. CDU und FDP hätten eine komfortable Haushaltslage vorgefunden. In den letzten Jahren habe es eine gänzlich andere Einnahmesituation gegeben als unter Rot-Grün. Vor diesem Hintergrund müsse der Mittelansatz für Klimaschutz bewertet werden. Zudem rechne die Koalition Dinge dem Klimaschutz zu, die genau genommen nicht ausschließlich in den Bereich Klimaschutz gehörten. Als Stichwort nenne sie die Fernwärmeschiene Ruhr. Die dafür angesetzten Mittel würden seit Jahren nicht ausgegeben.

Bei der geplanten Änderung des Landesplanungsgesetzes werde ihre Fraktion sehr stark darauf achten, dass gerade bei Artenschutz und Biodiversität kein Rotstift angesetzt werde. Dazu zähle auch der Klimaschutz als gelebter Artenschutz.

Christian Loose (AfD) erinnert an die Versorgungslücke von 35 bis 70 GW und empfiehlt, den Bericht des Ministers aufmerksam zu lesen. Er enthalte einige unbequeme Wahrheiten, die nicht mehr mit Leerformeln überdeckt werden könnten.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) unterstreicht, er habe keine Rückwärtsbetrachtung vorgenommen, um von gegenwärtigen Dingen abzulenken, sondern deutlich gemacht, dass erst die aktuelle Landesregierung die nordrhein-westfälische Industrie auf die Herausforderungen des Klimawandels eingestellt habe.

Die Situation von thyssenkrupp sei spätestens seit 2013 problematisch. Dennoch habe die vorherige Landesregierung wenig getan, um dem Unternehmen eine bessere Perspektive zu geben.

Da die Landesregierung die Zukunftsherausforderungen sehr ernst nehme, habe sie sich, auch bei dem Prozess mit Tata, eng mit dem Unternehmen abgestimmt und unter anderem den Wechsel zu den nächsten beiden Vorständen begleitet. Das Unternehmen habe einen Strategiewechsel vorgenommen und treffe neue unternehmenspolitische Entscheidungen, die gemäß Unternehmensrecht in gewählten Gremien erfolgten. Daran wirkten die Sozialpartner mit, und die Politik begleite dies. Thyssenkrupp verhandle derzeit mit dem Bund über Hilfen. Bislang habe der Bundeswirtschaftsminister dies abgelehnt.

Die Landesregierung strebe Entwicklungsmöglichkeiten der Unternehmen an und habe das Thema „Wasserstoffwirtschaft“ frühzeitig auf die Tagesordnung gesetzt. Bei vielen Unternehmen bestehe großes Interesse, sich auf die neuen Themen einzulassen und in die Programme von Bund und EU einzubringen. Der Prozess verlaufe sehr konstruktiv und zeige den Nutzen des Industriepolitischen Leitbildes.

Die Gründungszahl habe in Bayern beispielsweise deutlich stärker abgenommen als in Nordrhein-Westfalen. Doch auch in Nordrhein-Westfalen sinke die Anzahl der Gründungen. Das hänge mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit zusammen: denn typischerweise komme es bei abnehmender Arbeitslosigkeit auch zu einem Rückgang der Gründungen. Das habe allerdings nichts mit der Qualität von Gründungen zu tun. Gerade bei der Qualität von Gründungen stehe Nordrhein-Westfalen sehr gut dar. Neugründungen in NRW brächten üblicherweise hohe Produktivität, viel Know-how und eine deutlich höhere Kapitalintensität als in früheren Jahren mit.

Zwischen 2010 und 2015 sei die Investitionsneigung massiv zurückgegangen und habe sich erst in den Folgejahren – besonders seit 2017 – wieder erholt. Gleiches gelte für die Innovationsquote.

Michael Hübner (SPD) wundert sich über eine öffentliche Aussage, nach der die Aufzugssparte von thyssenkrupp separat an die Börse gebracht und gegebenenfalls gewinnbringend veräußert werden solle. Eine solche Einstellung befürworte die Aufteilung des Konzerns thyssenkrupp. Dies entspreche nicht der geltenden ökonomischen Betrachtungsweise. An diesem Punkt erwarte er ein Handeln der Landesregierung.

2013 und in den Folgejahren habe es keine Diskussion über eine Staatsbeteiligung bei thyssenkrupp gegeben. Gegenwärtig werde diese Forderung jedoch selbst von der IG Metall erhoben. Die Rolle, die das Unternehmen in Europa für den Stahlbereich einnehme, solle seitens der Landesregierung deutlicher herausgestellt werden.

Aktuell stecke die Stahlbranche in einer schwierigen Situation. Damit eine derartige Schlüsselindustrie nicht nach Ostasien abwandere, müsse gehandelt werden. Dafür

stelle eine Staatsbeteiligung einen guten Weg dar. Andere Volkswirtschaften handeln bei Schlüsselindustrien ähnlich.

Für das Ziel von thyssenkrupp, Wasserstoff in die Stahlproduktion zu bringen, engagiere sich die Landesregierung wenig. Solche Dinge seien jedoch notwendig, um den Umbau zur Wasserstoffnutzung zu begleiten. Solche Signale fehlten im Haushaltsentwurf.